

Situation der Erneuerbaren Energien in Deutschland

Die deutsche Politik steht unter dem Druck der klimatischen Ereignisse vor entscheidenden Weichenstellungen für den Energiesektor. Atom- und Kohleausstieg sind schon beschlossen. Gaskraftwerke sind gleichsam fossile Energieerzeuger. Sie werden vermutlich noch länger gebraucht. Sie können später auch mit regenerativ erzeugtem Gas (z.B. Wasserstoff) betrieben werden.

Um die klimapolitischen Ziele zu erreichen, muss die Nutzung regenerativer Energien erheblich ausgeweitet werden. Dazu bedarf es großer Finanzmittel, die jedoch den Gesetzgeber aufgrund zahlreicher anderer großer Aufgaben (wie Pflege, Verteidigung, EU-Ausgaben und Kosten der Eurorettung) zwingen werden, den Ausbau regenerativer Energien letztlich von den Stromkunden bezahlen zu lassen. (EEG-Umlage, CO₂ Steuer, etc.). Dies könnte (hoffentlich vorübergehend) dazu führen, dass wegen der Zunahme der Strommenge aus Sonne und Wind sowohl die Strompreise über die EEG-Umlage als auch die hohen Kosten bei den Energieunternehmen für die Umstellung auf andere Energieträger zunächst weiter steigen werden.

Das Programm der Bundesregierung ist auf eine CO₂-freie Energieversorgung im Jahr 2050 ausgerichtet. Eine Erfolgsprognose bleibt deshalb sehr schwierig, da sie neben den technischen und finanziellen Bedingungen auch weitgehend von den politischen und sozialen Rahmenbedingungen abhängt.

Der weitere Ausbau der Windkraft und die Weiterleitung des Stroms zu den Verbrauchern ist mittlerweile durch Widerstände vor Ort erheblich gefährdet. Dies gilt sowohl für den offshore als auch für den onshore gewonnenen Strom als auch für die kostenträchtigen und verlustbehafteten Leitungen, mit denen der Strom zu den Verbrauchern Richtung Süden geleitet wird. Weniger Widerstände gibt es gegen Solarstrom, der inzwischen in photovoltaischen Anlagen mit geringeren Kosten erzeugt werden kann als Kohle- und Atomstrom. Wegen des periodisch schwankenden Angebots sind jedoch zusätzliche Maßnahmen zur Speicherung des Solarstroms erforderlich.

Die Solarthermie ist dagegen wirtschaftlich nicht mehr konkurrenzfähig. Zudem ist der Energiebedarf zum Heizen dann am größten, wenn das Energieangebot der Sonne am kleinsten ist. Für die Prozesswärme werden in der Regel relativ hohe Temperaturen benötigt, die mit Flachkollektoren nicht erzeugt werden können. Konzentrierende Kollektoren haben bei dem hohen diffusen Anteil der Solarstrahlung in Mitteleuropa eine unwirtschaftlich niedrige Energieausbeute.

Es bleibt somit die Photovoltaik als wirtschaftlichste Alternative bei der erneuerbaren Energiegewinnung. Die Bundesregierung hat zwar die Einspeisungsvergütungen für nicht selbst genutzten Solarstrom analog zu den gesunkenen Anlagenkosten immer weiter gesenkt. Die Amortisationszeiten haben sich dadurch jedoch nicht wesentlich geändert. Ein drohender Stopp des Ausbaus der PV-Anlagen gegen Ende 2020 wurde Ende 2019 durch das Aufheben des 52-GW-Solarstromdeckels verhindert.

Eine Fortführung der gesetzlich garantierten Einspeisevergütung ist auf absehbare Zeit notwendig, da sonst von den privaten Erzeugern zu wenig in PV-Anlagen investiert wird. Für die erneuerbare Stromgewinnung ist dies eine gute Nachricht, denn der feste Vergütungssatz zum Leistungsbeginn, der über eine Laufzeit von 20 Jahren bezahlt wird, bildet eine zuverlässige Grundlage für die wirtschaftliche Kalkulation. Die momentan gültigen Einspeisungsvergütungen reichen beim derzeitigen Zinsniveau selbst im Falle einer Kreditaufnahme aus, um interessante Renditen zu erzielen. Diese Rendite kann durch den Eigenverbrauch und einen steigenden Strombezugspreis noch deutlich gesteigert werden.